

Aus der Verbandszentrale

„Im Blickpunkt 2021“ erschienen



„Im Blickpunkt 2021“ ist da. IN VIA Deutschland berichtet in einem bunten Format aus Schwerpunkten und Highlights der aktuellen Arbeit für und mit Frauen, für Jugendliche am Übergang von der Schule in den Beruf und in den Bahnhofsmissionen. Einige der Themen: Bahnhofsmissionen in Corona Zeiten, Frauenrechte verwirklichen, Teilhabe von Migrantinnen, Schulsozialarbeit absichern, digitale Ethik. IN VIA dankt allen Unterstützer*innen herzlich! Bestellen Sie ein Exemplar bei: regina.razzaq@caritas.de oder stöbern Sie hier: <https://www.invia-deutschland.de/ueber-uns/in-via-im-blickpunkt/>

Rückenwind für die Schulsozialarbeit?! Nicht nur in Krisenzeiten unverzichtbar

Kürzlich stimmte der Bundesrat der seit Langem verhandelten Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) zu. Zudem hat das Bundeskabinett ein umfangreiches Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche beschlossen.

In einem Kommentar für die Jugendsozialarbeit News betrachtet Julia Schad-Heim, Referentin für Bildung und Jugendsozialarbeit bei IN VIA

Aus der Zentrale des DCV

Zweite Podcastfolge von DEUTSCHLAND SOLIDARISCH im Rahmen der Caritas-Kampagne #DasMachenWirGemeinsam

Mit dem Podcast Deutschland Solidarisch sucht die Caritas Antworten auf die große Frage dieser Zeit: Wie steht es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft? Dieser Frage gehen wir zusammen mit Journalistin Susanne Arlt in einer Gesprächsreise auf den Grund. Wir besuchen Menschen und Orte – und setzen uns mit ihren Problemen auseinander.

Wir machen Station in Mönchengladbach: Wie arm macht Corona? Antworten auf diese Frage suchen wir im Gespräch mit der Schuldnerberaterin Carmen Rosendahl-Küpper. Und wir diskutieren mit dem Armutsexperten und Soziologen Stefan Selke, ob Armut wirklich so alternativlos ist, wie oft behauptet wird. Mehr unter

Website: <http://dasmachenwirgemeinsam.de/podcast-folge-2/>

Spotify: <https://spoti.fi/3u6EuwO>

Apple: <https://apple.co/3at8JGv>

Deezer: <https://bit.ly/3qvSQoc>

Qualifizierung & Ausbildung

Berufsbildungsbericht 2021 zeigt erste Auswirkungen auf die Ausbildungssituation

Die Zahlen des aktuellen Berufsbildungsberichtes belegen die Auswirkungen der Pandemie auf die Ausbildungssituation. Erstmals wurden in Deutschland weniger als 500.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen (-11,0 %). Sowohl die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze (-8,8 %) als auch die an Ausbildung interessierten Schulabgänger*innen (-8,9 %) sind rückläufig. Ein Zuwachs ist hingegen bei den schulischen Ausbildungsgängen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen (+2,7 %) und auch bei den allgemeinbildenden Bildungsgängen an Berufsfachschulen zur Erfüllung der Schulpflicht bzw. dem Nachholen von Abschlüssen der Sekundarstufe I (+5,7 %) zu verzeichnen. Die Anzahl der unversorgten Bewerber*innen, die weder in Ausbildung noch in eine Alternative einmündeten, stieg um 4.800 (+ 19,7 %).

Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit weist in seiner Stellungnahme insbesondere auf die Folgen der Corona-Pandemie für benachteiligte junge Menschen hin, die aufgrund fehlender oder niedriger Schulabschlüsse einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben. Gefordert werden eine Ausbildungsgarantie sowie ein erweitertes Angebot von außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten, um angesichts allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. (Quelle: BIBB; Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Lesen Sie hier die Pressemeldung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit: <https://bit.ly/3ffz4Jq>

Zum Berufsbildungsbericht gelangen Sie hier: <https://bit.ly/3ullwMV>

ForumTransfer fordert Ausbildungsgarantie, um die Übergänge in Ausbildung zu sichern

Das ForumTransfer fordert, der kollektiven Resignation von jungen Menschen im Übergang in Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf, insbesondere von jungen Menschen in prekären Lebenslagen, zu begegnen. Jetzt sei der Zeitpunkt, gerade angesichts der Covid-19-Pandemie, jungen Menschen eine Aus-

Deutschland und im Netzwerk der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf das Handlungsfeld der Schulsozialarbeit.

Die katholische Jugendsozialarbeit begrüßt, dass es mit der Zustimmung des Bundesrats zur SGB VIII Reform am 7. Mai 2021 nun tatsächlich zu einer Verankerung von Schulsozialarbeit in einem neuen §13a SGB VIII kommt. Der Wortlaut verhindert jedoch nicht die Beliebigkeit in der Umsetzung von Schulsozialarbeit.

Vollständiger Kommentar:

<https://bit.ly/2S4FGT2>

Aus den Mitgliedsverbänden

IN VIA Köln

Katholische Verbände zeigen Flagge

Köln, 06.05.2021. Unmittelbar nach der Veröffentlichung des von der Glaubenskongregation noch einmal bestätigten Segnungsverbotes für homosexuelle Paare im März 2021 haben wir – Caritas, SkF, SKM und IN VIA – an unseren Gebäuden die Regenbogenfahne gehisst, um deutlich zu zeigen, wofür wir als Verbände eintreten. Die vollständige Pressemitteilung finden Sie im Anhang dieser Nachrichten.

Freiwilligendienst in Europa? Bewirb Dich jetzt!

Du willst Erfahrungen fürs Leben sammeln und Deine Englischkenntnisse verbessern? Hast Lust auf inspirierende Begegnungen und die Arbeit mit Menschen mit Behinderung? Dann mach Deinen Traum wahr und bewirb Dich noch heute für einen Freiwilligendienst in Europa! Weitere Infos unter: www.invia-international.de

bildungs-garantie für eine hochwertige berufliche Ausbildung zu geben und am Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit in Aussicht zu stellen, berufspolitische Weichenstellungen vorzunehmen sowie die kommunale Koordinierung vor Ort zu stärken. Nur so kann jungen Menschen signalisiert werden, dass sie derzeit beim Übergang in die Ausbildung und Erwerbsarbeit bzw. Beruf nicht zurückgelassen werden.

Als konkrete Handlungsempfehlungen werden u.a. eine Ausbildungs-garantie, aber auch eine systematische Prüfung, wie die Zugänge in schulische Berufsausbildungen verbessert und Ausbildungsanreize ausgeschöpft werden können. Auch müssen vor Ort inklusive sozialräumliche Strategien sowie insbesondere aufsuchende Angebote ausgebaut werden, um junge Menschen anzusprechen und in diesen prekären Übergangskonstellationen zu erreichen. (Quelle: Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, druckfrisch 03/2021)

Weitere Details finden Sie hier: <https://bit.ly/2RTDuNU>

Ausbildungs-garantie jetzt – eine Kampagne der Bertelsmann-Stiftung

Trotz intensiver Bemühungen finden Jahr für Jahr tausende Jugendliche in Deutschland keinen Ausbildungsplatz. Die betriebliche Ausbildungsbeteiligung ist in den letzten Jahren stetig gesunken, nur noch knapp ein Fünftel aller Betriebe bildet derzeit aus. Die Corona-Pandemie hat die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für junge Menschen noch verschärft. Auch die aktuellen Zahlen des Berufsbildungsberichtes zeigen, dass sich diese Situation zuspitzt. Aufgrund dieser Entwicklung fordert die Bertelsmann-Stiftung zur Einführung einer Ausbildungs-garantie auf. Alle am Ausbildungsprozess beteiligten Akteure und vor allem die staatliche Seite ist hierbei gefordert, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. (Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

Forderungen, Kommentare sowie gelungene Beispiele der Ausbildungs-garantie finden Sie hier: <https://ausbildungsgarantie.de/>

BMAS fördert Inklusionsbemühungen der Kammern

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat das Programm „Inklusionsstrukturen bei Kammern stärken - InKas“ veröffentlicht. Ziel des Programms ist es, mehr Menschen mit Schwerbehinderung oder Menschen, die diesen gleichgestellt sind, den erfolgreichen Abschluss einer betrieblichen Berufsausbildung zu ermöglichen. Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg sagte dazu: „Die Corona-Pandemie macht es für junge Menschen mit Behinderungen eher schwieriger, einen guten Ausbildungsplatz zu finden.“ Umso wichtiger ist die Unterstützung durch InKas. Mit einem Gesamtvolumen von maximal 5 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds sollen gezielte Maßnahmen der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern in einem Zeitraum von drei Jahren gefördert werden.

Weitere Details finden Sie hier: <https://bit.ly/2RXIete>

Bildung

PISA-Sonderstudie zu Lesekompetenz und Lesegewohnheiten von Jugendlichen in Zeiten zunehmender Digitalisierung

Die OECD hat unter dem Titel „21st-Century Readers“ eine Sonderauswertung zu Lesekompetenzen und Lesegewohnheiten von Jugendlichen in Zeiten der Digitalisierung vorgestellt. Die Studie beruht auf Daten aus der PISA-Erhebung im Jahr 2018, bei der 15-Jährige getestet und befragt wurden. In Deutschland

seien im Bereich Lesekompetenz Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen sowie zwischen sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Schüler*innen festzustellen. Zudem habe die Lesefreude der Schüler*innen zwischen 2009 und 2018 deutlich abgenommen.

Quelle und weitere Informationen: <https://bit.ly/3tNEi4I>

Geszentwurf zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkind auf den Weg gebracht

Kürzlich hat das Bundeskabinett den von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesministerin für Bildung und Forschung gemeinsam vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) beschlossen. Ab August 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch darauf haben, ganztägig gefördert zu werden. Der Anspruch wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Damit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1-4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Der Rechtsanspruch wird im Jugendhilfegesetz (SGB VIII) geregelt. Erfüllt werden kann der Rechtsanspruch sowohl in Horten als auch in offenen und gebundenen Ganztagschulen.

Quelle und weitere Informationen: <https://bit.ly/3fplcvX>

Kleine Anfrage zum DigitalPakt Schule

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekannt gibt, betrug der Mittelabfluss des Förderprogramms DigitalPakt Schule zum Stichtag am 31. Dezember 2020 lediglich rund 488 Millionen Euro. Gemessen am Gesamtvolumen des Förderprogramms (also Basis-DigitalPakt und Sofortausstattungsprogramm) seien dies 8,9 Prozent der Fördersumme. Die Vorbemerkungen der Fragesteller und die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache 19/27605 vom 16.03.2021 – finden Sie unter: <https://bit.ly/3yewsnz>

Migration & Flucht

Corona-Infektionen und Impfungen für Menschen mit Migrationshintergrund

In den letzten Tagen nahm die Berichterstattung über die Betroffenheit von Menschen mit Migrationsgeschichte von (schweren) Corona-Infektionen zu. Zugleich wurde vermehrt über eine (vermeintlich) geringere Impfbereitschaft dieser Zielgruppe berichtet. Differenzierte Beiträge dazu finden sich u. A. beim Mediendienst Integration: <https://bit.ly/3eI30Pg>, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: <https://bit.ly/3tLpR0s> oder beim ZDF: <https://bit.ly/3flqd91>. In einer Pressemitteilung, schreibt der Deutsche Caritasverband, dass bisher „wenig thematisiert wurde, dass mehrsprachige Impfinformationen vergleichsweise spät zur Verfügung standen. Die Impfungen in Flüchtlingsunterkünften laufen vielfach erst jetzt an, obwohl die Bewohner_innen laut Impfverordnung mit hoher Priorität geimpft werden sollten. „Wir erwarten von den zuständigen Stellen, dass für diese Personengruppe in den kommenden Wochen echte Fortschritte erreicht werden“, so Caritas-Präsident Neher.

Ausgesetzte Einreisen über Resettlement laufen wieder an

Mitte März 2020 wurden Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme vorübergehend ausgesetzt. Auch als ab August Einreisen aus humanitären



Gründen grundsätzlich wieder möglich wurden, konnten nur sehr vereinzelt Familien über Resettlement und das Pilotprogramm Neustart im Team (NesT) nach Deutschland einreisen. Ab Juli sind nun – vorbehaltlich der pandemischen Entwicklungen – wieder regelmäßig Einreisen über Resettlement und damit auch NesT zu erwarten. Die Resettlement-Verfahren in den Erstzufluchtsländern Niger, Jordanien, Libanon, Ägypten und Kenia sind wieder angelaufen bzw. in Vorbereitung.

Standards für Beschäftigung in Privathaushalten

Eine Einführung bundeseinheitlicher Standards zur Beschäftigung in Privathaushalten ist aktuell nicht geplant, schreibt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke. Der Regierung lägen keine validen Angaben darüber vor, wie viele in Privathaushalten angestellte Pflegekräfte illegal beschäftigt sind. Beschäftigte Personen in Privathaushalten unterlägen jedoch denselben arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie Beschäftigte in anderen Bereichen. Lediglich für geringfügig entlohnte Beschäftigung im Privathaushalt (haushaltsnahe Minijobs) würden zur Abwehr von Schwarzarbeit geringere pauschale Sozialbeiträge als im gewerblichen Bereich gelten. Haushaltsnahe Dienstleistungen würden häufig in illegaler Beschäftigung oder in legaler prekärer Beschäftigung erbracht. Die ausführliche Antwort der Regierung können Sie nachlesen unter: <https://bit.ly/2R5XgpA>

Antrag der FDP zu Menschenhandel und Zwangsprostitution

Die FDP-Fraktion fordert, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung in Deutschland effektiver zu bekämpfen. Die Bundesregierung solle in Zusammenarbeit mit den Ländern eine langfristige Strategie erarbeiten, wie die Situation von Prostituierten verbessert werden können. Deutschland müsse international eingegangene menschenrechtliche Verpflichtungen vollumfänglich nachkommen. Zudem solle eine gesonderte Arbeitsgruppe für „Zwangsprostitution und Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung“ im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Menschenhandel eingerichtet werden und die Bundespolizei und der Zoll besser finanziell und personell ausgestattet sowie weitergebildet werden. Der Antrag ist eingestellt unter <https://bit.ly/3y59ejW>

Monitor Familienforschung Nr. 42: Fachkräfte im Inland gewinnen

Migration betrifft die ganze Familie. Das bestätigt auch der Neunte Familienbericht der Bundesregierung, der die Situation nachreisender Familienangehöriger im Kontext der Fachkräftegewinnung beleuchtet. Die mitreisenden Partner*innen - überwiegend Frauen - bieten ein erhebliches Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt. Obwohl oft qualifiziert, ist der Anteil der aktiv Erwerbstätigen unter ihnen gering. Familien von neu einreisenden Arbeits- und Fachkräften müssen in den deutschen Regelangeboten wie bei der Erstorientierung in Deutschland, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder bei der Förderung der Erwerbstätigkeit mitbedacht werden. Ein auskömmliches Erwerbseinkommen fördert die wirtschaftliche Stabilität der Familie, schützt vor Armutsrisiken und fördert eigene Lebensperspektiven für die Frauen. Den Monitor finden Sie unter: <https://bit.ly/3tG8oGS>

Spracherwerb und soziale Kontakte schreiten bei Geflüchteten voran

Die Deutschkenntnisse von Geflüchteten werden immer besser, zudem haben geflüchtete Menschen mehr soziale Kontakte zu Deutschen. Zu diesem Schluss kommen aktuelle Analysen des Forschungszentrums des Bundesamtes für



Migration und Flüchtlinge (BAMF) anhand bisher unveröffentlichter Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Die BAMF-Kurzanalyse 4|2021 untersucht, wie sich zwischen 2016 und 2019 die sozialen Kontakte und Deutschkenntnisse bei Geflüchteten entwickelt haben. Die Ergebnisse finden Sie unter: <https://bit.ly/33CBvjO>

Ohne Angst zum Arzt

Die Broschüre von der Gesellschaft für Freiheitsrechte und Ärzte der Welt fordert ein Recht auf Gesundheit von Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Deutschland. Sie halten die Übermittlungspflicht im Aufenthaltsgesetz als verfassungswidrig und als Verstoß gegen die Menschenrechte. Die Broschüre können Sie herunterladen unter <https://bit.ly/3hkNGJW>

Handreichung: „Abschiebungen aus der Flüchtlingsunterkunft - Rechtlicher Rahmen und Handlungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit in Hessen“

Wenn Polizei und Ausländerbehörde mit dem Ziel einer Abschiebung in die Unterkunft kommen, führt dies nicht nur zu enormem Stress bei den Bewohner*innen, sondern stellt auch die dort tätigen Sozialarbeitenden vor praktische und ethische Herausforderungen. Welche Rechte haben Polizei und Behörden im Rahmen der Einleitung einer Abschiebung? Was darf von Sozialarbeitenden in diesem Kontext verlangt werden? Die Liga Hessen hat eine Handreichung zum Thema veröffentlicht. Diese bezieht sich explizit auf die Rechtslage in Hessen. Polizeigesetze wie auch Erlasse zu Abschiebungen unterscheiden sich nach Bundesländern. Nichtsdestotrotz sind weite Teile der Handreichung bundesweit einsetzbar und relevant. Ausgenommen davon sind die Abschnitte II.2.f „Durchsuchungen zur Nachtzeit“ und III.4 „Auskünfte gegenüber Behörden?“, welche nur in Hessen sinnvoll einsetzbar sind. Mehr unter: <https://bit.ly/2Rnazlv>

Befragung zeigt mangelnde Repräsentation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung

Unter den Beschäftigten in der Bundesverwaltung haben nur zwölf Prozent einen so genannten Migrationshintergrund. In der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt deren Anteil bei rund 27 Prozent. Beschäftigte mit Migrationshintergrund haben in den Behörden und Einrichtungen des Bundes überdies schlechtere Karrierechancen. Sie werden zum Beispiel seltener verbeamtet. Dies sind Ergebnisse der ersten zentralen Beschäftigtenbefragung in Behörden und Einrichtungen des Bundes, die Ende 2020 veröffentlicht wurde. Der „Diversität und Chancengleichheit Survey“ liefert erstmals repräsentative Daten zu Diversität in der Bundesverwaltung im Hinblick auf den Indikator „Migrationshintergrund“. Zudem wurden die Beschäftigten auch nach ihren Erfahrungen mit Diskriminierung und Mobbing befragt. Der Survey ist hier abrufbar: <https://bit.ly/3bwBZMq>

Mitmachen bei der Kampagne „GleichBeHandeln“

Die Coronapandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig das Recht auf Gesundheitsversorgung ist, sowohl für jeden einzelnen Menschen als auch für die gesamte Gesellschaft. Dieses Recht wird jedoch Hunderttausenden in Deutschland verwehrt. Denn der § 87 des Aufenthaltsgesetzes verpflichtet das Sozialamt, Personen ohne gültigen Aufenthaltstitel umgehend an die Aus-



länderbehörde zu melden, wenn sie eine Kostenübernahme für medizinische Leistungen beantragen. Aus der begründeten Angst vor Abschiebung heraus vermeiden es daher Menschen, sich ärztlich behandeln zu lassen. Die Folgen: Covid-19-Infektionen werden nicht entdeckt und lebensbedrohliche Erkrankungen bleiben unbehandelt.

Die Kampagne „GleichBeHandeln fordert die Abschaffung der Übermittlungspflicht zu Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus im Gesundheitswesen (§ 87 AufenthG) und einen uneingeschränkten Zugang aller Menschen zu Gesundheitsversorgung. Gerne können Sie sich an der Kampagne beteiligen und die Petition unterschreiben: www.gleichbehandeln.de

Muslimisches Leben in Deutschland

Das muslimische Leben in Deutschland ist in den letzten Jahren deutlich vielfältiger geworden, die Zahl der Muslim*innen ist gewachsen und ihre gesellschaftliche Einbettung wird weniger von der Religion, sondern stärker von anderen Faktoren wie der Aufenthaltsdauer beeinflusst. Das sind zentrale Ergebnisse der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“. Sie präsentiert aktuelle Erkenntnisse über die in Deutschland lebende muslimische Bevölkerungsgruppe. Zentrale Themen sind Religiosität, religiöse Alltagspraxis sowie verschiedenen Aspekte der Integration. Die Studie können Sie herunterladen unter:

<https://bit.ly/3uT8hcx>

Millionen anlasslose Kontrollen der Bundespolizei

Die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu Racial Profiling und anlasslosen Kontrollen der Bundespolizei zeigt, dass die Bundespolizei im Jahr 2020 rund 2,5 Millionen anlass- und verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt hat. Erfahrungsgemäß sind davon meist Schwarze Menschen und People of Color betroffen. Das Innenministerium betonte zuvor, dass Themen wie Antidiskriminierung und Menschenrechte in der Aus- und Weiterbildung der Bundespolizei eine zentrale Bedeutung hätten. Die Antwort können Sie herunterladen unter: <https://bit.ly/3tEyvhn>

Mädchen & Frauen

Zehn Jahre Istanbul-Konvention

Am 11. Mai 2011 wurde in Istanbul der Frauenrechtsvertrag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt unterzeichnet. Bisher haben 45 Mitgliedstaaten des Europarats und die EU die Istanbul-Konvention unterzeichnet und 33 Staaten ratifiziert. Ziel ist es, dass alle Mitglieder des Europarats und die EU die Istanbul-Konvention ratifizieren.

Auf einer Webseite des Europarats zum Jubiläum der Konvention werden auf die wichtigsten Fakten zur Konvention und ihre Meilensteine hingewiesen. Auch Frauenrechtsaktivist*innen und NGOs kommen zu Wort: <https://bit.ly/3uKiYOu>

Das Bundesfrauenministerium veranstaltete gemeinsam mit dem Europarat eine Konferenz zur Würdigung dieses bedeutenden Jubiläums. In ihrer Rolle als deutscher Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates unterzeichnete Ministerin Giffey eine Erklärung, in der sie auf die Bedeutung der Istanbul-Konvention hinweist und alle Mitgliedsstaaten des Europarates aufruft, die Konvention schnellstmöglich zu ratifizieren: <https://bit.ly/2R4bFmd>

Der Deutsche Frauenrat (DF) fordert, dass die EU selbst die Konvention endlich ratifiziert. Zudem müsse in Deutschland eine politische Gesamtstrategie zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, an der alle verant-

wortlichen Ministerien sowie alle staatlichen Ebenen beteiligt sind, entwickelt und von allen verbindlich umgesetzt werden: <https://bit.ly/2R5Y3H4>

Nein zu weiblicher Genitalverstümmelung

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat eine Positionierung zu weiblicher Genitalverstümmelung (englisch: Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C)) verabschiedet. Um FGM/C wahrzunehmen und wirksam zu verhindern, bedürfe es der Enttabuisierung, einer gesellschaftlichen Wissensvermittlung und der Schaffung von Diskussionsräumen. Die Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern können Sie nachlesen unter <https://bit.ly/33C18RS>

Au-pair

Jugendmobilitätsprogramm mit Großbritannien für Au-pair-Aufenthalte gefordert

Die Gütegemeinschaft Au-pair setzt sich dafür ein, dass der Au-pair-Austausch nach dem Brexit erhalten bleibt: „Seit dem 1. Januar gibt es keine Visa mehr für Au-pairs. Wenn junge EU-BürgerInnen zum Zweck eines Au-pair-Aufenthaltes mit einem Touristenvisum ins Vereinigte Königreich einreisen, machen sie sich strafbar. Mit einem bilateralen Youth Mobility Scheme ließe sich das Au-pair-Programm retten. Da Großbritannien traditionell das Top-Zielland für deutsche Au-pairs ist und die nächsten SchulabgängerInnen schon drängen, laufen auch hierzulande Au-pair-Verbände- und Agenturen Sturm. Zwar steht die Bundesregierung mit EU-Institutionen in Kontakt und prüft, inwieweit Erleichterungen erzielt werden können, doch eine Lösung scheint nur auf nationaler Ebene in Sicht. Deutschland muss bilaterale Gespräche mit der britischen Regierung aufnehmen und entsprechende aufenthaltsrechtliche Rahmenbedingungen schaffen. Die einzige Möglichkeit, um einen Au-pair-Aufenthalt auf der Insel wieder zu ermöglichen, wäre ein dem Working-Holiday-Visum vergleichbares Visum.“

Bahnhofsmision

Kids on Tour Trägertreffen

Am 09.06.2021, 10:00 bis 12:00 Uhr findet ein virtuelles Treffen der Kids on Tour-Träger statt. Es dient der Abstimmung zum weiteren gemeinsamen Vorgehen zur Wiederaufnahme des Betriebs von Kids on Tour und zur betriebswirtschaftlichen Steuerung des Angebots.

Ausschreibung Lernen fürs Leben

Bis zum 11.06.2021 können sich die Bahnhofsmissionen für eine Projektförderung der Deutsche Bahn Stiftung in Höhe von 6.500,- Euro bewerben, mit denen partizipative Projekte der Neuorientierung der Bahnhofsmissionen nach der akuten Pandemiephase gefördert werden.

Nähere Informationen sind der Ausschreibung zu entnehmen, die in der 20. KW an die Bahnhofsmissionen versandt wird.

Zweiter Kurs „Mutmacher-Qualifizierung“ startet Anfang November

Niedrigschwellige Gespräche und Beratung für belastete Menschen oder für Menschen, die nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen, sind Kernfunktionen der Bahnhofsmissionsarbeit. Durch die Ausbildung von „Mutmachern“ stärkt

die Deutsche Bahn Stiftung diese Kompetenzen in den Bahnhofsmissionen. Der erste Kurs ist im April mit 12 Teilnehmenden gestartet. Wer nicht zum Zuge gekommen ist, kann sich auf den zweiten Kurs 2021/22 freuen. Die Ausschreibung ist für Juni geplant.

Neue Programme & Projektausschreibungen

Bundeszentrale für politische Bildung vergibt Preis für Projekte zur Stärkung der Demokratie und des Grundgesetzes

2021 vergibt die Bundeszentrale für politische Bildung mit dem Bundesverfassungsgericht als Partner anlässlich des 70-jährigen Bestehens des "Hüters der Grundgesetze" den Preis WIR IST PLURAL | Preis zur Stärkung der Demokratie. Unter der Leitfrage „Wie engagiert Ihr Euch für die demokratischen Werte des Grundgesetzes?“ werden insgesamt 15 Projekte mit Preisgeld und Know-how ausgezeichnet. Bewerbungen sind bis 20. Juni möglich.

Weitere Informationen: <https://www.wiristplural.de/>

Termine & Tagungen

Online Veranstaltung „Digital Accessibility Summit“

Am 20. Mai 2021 richtet die Staatsministerin und Digitalisierungsbeauftragte Dorothee Bär und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel eine virtuelle Veranstaltung zum Thema digitale Barrierefreiheit aus. Das umfangreiche Programm finden Sie unter: <https://bit.ly/2RVIm6m>

Literatur- & Webtipps

Digitaler Selbsttest zum Umgang mit Nachrichten

Sie möchten Ihr Wissen rund um Nachrichten und Quellenkritik testen und Ihre Fähigkeiten in dem Bereich spielerisch weiterentwickeln? Die Stiftung Neue Verantwortung e.V. hat einen digitalen Selbsttest konzipiert, der sich rund um das Thema Nachrichtenkompetenz dreht. Den Test finden Sie unter:

<https://www.mabb.de/news-test.html>

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- Web-Seminar: Masken der Angst bei Kindern und Jugendlichen – Auswirkungen von Corona, 25.06.2021. Infos unter: <https://bit.ly/3w8AgEX>

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- Agile Führungsansätze – online. Soziale Organisationen für die Zukunft ausrichten, 15.06. – 17.06.2021. Infos unter: <https://bit.ly/3yclMoz>

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen, die Sie über www.caritas-akademien.de finden. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: www.invia-akademie.de.



IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband
für Mädchen- und Frauen-
sozialarbeit Deutschland e.V.
Karlstr. 40, 79140 Freiburg
Redaktion: Marion Paar
Regina Razzaq

Redaktionsschluss der näch-
sten Ausgabe: 26.05.2021

Berichte an:
regina.razzaq@caritas.de